



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 725 Postulat Candan Hasan und Mit. über die unverzügliche Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion des Treibhausgasausstosses und weiterer Treiber der Klimaerwärmung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Als wir diesen Vorstoss eingereicht haben, war noch nicht bekannt, dass die heutige Sondersession zum Thema Klima durchgeführt wird. Wir wollen die Arbeit der Verwaltung mit diesem Postulat nicht lähmen, so wie es der Regierungsrat in seiner Stellungnahme schreibt. Trotzdem halten wir am Postulat fest, da wir der Meinung sind, dass die Regierung die im Postulat aufgeführten Vorstösse ebenfalls in den geplanten Bericht zum Klimawandel mit einbeziehen soll. Ich bitte Sie, unserem Postulat zuzustimmen.

Roland Fischer: Die GLP-Fraktion stimmt dem Postulat zu. Der Vorstoss mag zwar formal nicht den Anforderungen entsprechen, bringt aber die Dringlichkeit des Anliegens zum Ausdruck. Wir haben oft von der Umsetzbarkeit von Massnahmen gesprochen. In der Vergangenheit haben wir viele Vorschläge eingebracht, die aber sehr oft mit der Begründung abgelehnt wurden, nicht mehrheitsfähig zu sein. Heute stehen wir vor einer neuen Situation und sollten deshalb dafür sorgen, dass einige dieser Vorschläge mehrheitsfähig werden. Unser Rat sollte sich dafür einsetzen, dass diese Massnahmen umgesetzt werden, denn einige davon sind sehr innovativ. Daher sind wir der Ansicht, dass die Regierung diese Vorstösse überprüfen und wenn sinnvoll in ihren Bericht aufnehmen soll.

Andreas Hofer: Die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass sie Vorstösse innert der nützlichen, aber in jedem Fall innert der gesetzlichen Frist beantwortet. Das Beantworten von Vorstössen ist das eine, das Traktandieren und die Diskussion in unserem Rat das andere. Dem Postulanten geht es darum, dass bereits erheblich erklärte Vorstösse nicht in einer Schublade landen, sondern möglichst schnell umgesetzt werden. Das Postulat erhöht den Druck auf die Regierung, endlich vorwärtszumachen und dadurch eine Verbesserung für das Klima zu erzielen. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt dem Postulat zu.

Heidi Scherer: Zu diesem Vorstoss kann ich nur sagen: Da hat jemand gearbeitet und viel Zeit investiert, um die Vergangenheit aufzuarbeiten und sich erstaunlicherweise auch über Mehrheitsentscheide hinwegzusetzen. Nicht erheblich erklärte oder abgeschriebene Vorstösse sollen auch in die Bearbeitung mit einbezogen werden – das ist etwas ganz Neues. Mit der heutigen Sondersession zum Klimawandel und der Behandlung der 59 Vorstösse haben sich die Regierung und die Verwaltung im Vorfeld sehr intensiv mit dem Thema Klimawandel auseinandergesetzt. Die Regierung wird im angekündigten Klimabericht wohlweislich umfassend über die anstehenden Probleme und Fragestellungen berichten. Zudem ist eine Vernehmlassung geplant, wo wir wenn nötig weitere Inputs geben können. Die FDP erachtet dieses Vorgehen als sachgerecht und der Situation angepasst. Aus

unserer Sicht bringen die im Postulat gestellten Forderungen keinen Mehrwert, hingegen lösen sie eine unglaubliche Bürokratie aus. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Michael Kurmann: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ebenfalls ab. Die Forderungen des Postulats sind mit der heutigen Erheblicherklärung der Postulate P 677, P 716 sowie P 720 bereits erfüllt. Die im Postulat geforderte erneute Überprüfung nicht erheblich erklärter oder abgeschriebener Vorstösse entspricht nicht der Praxis unseres Rates.

Vroni Thalmann-Bieri: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir stimmen der Argumentation des Regierungsrates zu. Schnellere und unüberlegte Massnahmen bringen nichts. Es braucht ein gemeinsames, gut durchdachtes Vorgehen, nicht zuletzt auch zum Wohl der Bevölkerung.

Monique Frey: Ja, wir haben Zeit investiert, so wie wir das immer tun, wenn es um politische Arbeit geht. Mit Hilfe des Internets liessen sich die im Postulat aufgeführten Vorstösse an einem Abend finden. In der Zwischenzeit hat sich die Situation geändert, heute würde man diese Vorstösse anders beurteilen. Darum ist es mir ein Anliegen, dass die Verwaltung diese Vorstösse nochmals prüft und allenfalls auf einzelne Massnahmen zurückkommt. Andernfalls werden wir diese Vorstösse einfach nochmals einreichen, was für die Verwaltung sehr viel mehr Arbeit bedeutet. Die von uns geforderte, aber leider abgelehnte Spezialkommission hätte sich bei der erneuten Überprüfung dieser Vorstösse ebenfalls sehr gut einbringen können.

Urs Brücker: Wir haben den Postulanten beim Recherchieren ebenfalls unterstützt. Es überrascht mich, dass die CVP nicht noch einmal über bereits abgeschriebene Vorstösse befinden will. Die unter Traktandum 52 aufgeführte Motion M 37 von Adrian Nussbaum entspricht meiner damals 2011 eingereichten Motion M 38, die als Postulat erheblich erklärt und 2015 abgeschlossen wurde.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Sie kennen unsere Berichterstattung und wissen, wie wir mit abgelehnten Postulaten umgehen. Mit der Ablehnung durch Ihren Rat ist für uns ein Postulat erledigt, und wir arbeiten daran nicht mehr weiter. Der vorliegende Vorstoss übersteigt deshalb die Grenzen meines Verständnisses. Wie sollen wir eine Berichterstattung an Ihren Rat zu nicht erheblich erklärten oder bereits abgeschriebenen Vorstössen vornehmen? Die bewährten Abläufe und die geltenden Zuständigkeiten werden mit diesem Postulat ausgehebelt. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 64 zu 37 Stimmen ab.